

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe August 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Marlene Roiser: Eure Wahrheit, unsere Wahrheit**
- **Palästina-Komitee Stuttgart: Diskussions- und Forschungsfreiheit als effektives Instrument gegen Rassismus**
- **Glen Ford: USA bereitet in Eritrea (Afrikas Kuba) Regime Change wie in Libyen vor**
- **Dr. Michael Lüders: Zwei Nuklearmächte in Syrien**
- **Stella Calloni: Der "Meister Schlag" der USA gegen Venezuela**
- **Andreas von Bülow: Die deutschen Katastrophen – 1914 bis 1945 im großen Spiel der Mächte**
- **abgeordnetenWatch.de: Das sind die Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten**
- **konjunktion: Privatsphäre ade: MIT entwickelt Überwachungstechnologie, die durch "Wände sehen kann"**
- **Mehr Demokratie: Volksbegehren - Mehr Demokratie beim Wählen**
- **Norbert Häring: Eine Sammlungsbewegung wofür?**
- **Dirk Müller: Internet-Zensur führt zu faschistischer Meinungsdictatur**

Zitat des Monats von [Uri Avnery](#):

**Den Arabern
stehen die gleichen nationalen Rechte zu wie
uns Juden.**

Editorial

In dieser Ausgabe des Bürgerbriefs ist **Israel-Palästina** eines der Themen. Ein Schulbuchprojekt, welches auf beiden Seiten Anerkennung gefunden hat, zeigt die eigene Geschichtsschreibung für die jeweils andere Seite auf, um eine Basis für gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Wie notwendig das ist zeigt der Beitrag über Ilan Pappé, einem israelischen Historiker, der wegen seiner kritischen Darstellung der Geschichte Israels nicht mehr in seinem Land leben konnte.

Im Weiteren werden andere internationale Konflikte beleuchtet: Zum international stark verleumdeten **Eritrea** gibt es eine klärende Richtigstellung; historische Hintergründe zu den Kriegen im **Nahen Osten** zeigt Michael Lüders auf; einen massiven US-Angriffsplan gegen Wirtschaft und Regierung in **Venezuela** dokumentieren wir mit einem Link zu einer Originalquelle. Schließlich verweisen wir auf die Analyse von Andreas von Bülow, der sich mit den **Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs** beschäftigt.

Weitere Beiträge behandeln das Thema **Demokratie** unter verschiedenen Aspekten. Entwicklungen im Bereich künstliche Intelligenz können verstärkte Überwachungspraktiken befördern. Die Nebeneinkünfte von Abgeordneten, ein Volksbegehren für ein weniger partei-geprägtes Wahlsystem in Bremen, der Versuch von Wagenknecht und Lafontaine für eine linke Sammlungsbewegung und die Praktiken zur Zensur im Internet werden dargestellt.

[Inhalt](#) ↑

• Marlene Roiser: **Eure Wahrheit, unsere Wahrheit**

Israel und Palästina teilen sich einen relativ kleinen Fleck auf der Landkarte. Er ist nur wenig größer als Hessen. Die Geschichte der beiden Nationen wird von denselben Daten und Ereignissen geprägt. Aber in der Interpretation dieser Fakten, also in der Geschichtsschreibung, stehen sich [zwei grundverschiedene Sichtweisen](#) gegenüber. Dies zeigt sich in den jeweiligen Schulbüchern, die die Erfahrungen, das Leid und die Sichtweisen der anderen Seite nicht vermitteln, die Kommunen der anderen Nation nicht abbilden. Die Geschichtserzählungen (Narrative) der einen Seite neigen dazu, die der anderen Seite abzuwerten, zu entmenslichen, ja ihr sogar das Recht auf eine eigene Erzählung abzusprechen.

Der israelische Sozialpsychologe Dan Bar-On und der palästinensische Erziehungswissenschaftler Sami Adwan wollten diesen Geschichtserzählungen, die auch das Regierungshandeln legitimieren sollen, ihr Schulbuch "Die Geschichte des Anderen kennenlernen" entgegensetzen, das beide Seiten gleichermaßen zu Wort kommen lässt und beide Seiten der Medaille sichtbar macht. Die Basis dafür liegt in der Freundschaft der beiden Autoren. Idee und Struktur des Buches sind einfach: Auf der linken Seite steht das israelische Narrativ, auf der rechten das palästinensische - dazwischen gibt es Platz für eigene Gedanken. So stellt der 14. Mai 1948 für die Israelis den Unabhängigkeitstag für die Palästinenser den Tag der Katastrophe dar. Die ersten jüdischen Einwanderer nach Palästina sind für die Israelis Pioniere, für die Palästinenser Gangs und Terroristen.

Das Schulbuchprojekt ist eines der wenigen Projekte, das in Israel und in Palästina auf breite Anerkennung stieß. Es geht darin nicht um Wahrheiten, nicht um Schuld, sondern um die

Gleichberechtigung der Perspektiven. Aber die Regierungen Israels und Palästinas sahen das Projekt nicht gern und verboten das Schulbuch, was bei den Schülern auf wenig Verständnis stieß.

Der Artikel aus dem Jahre 2014 hat seine Aktualität nicht verloren. Das Schulbuch ["Die Geschichte des Anderen kennen lernen"](#) - Israel und Palästina im 20. Jahrhundert" ist noch erhältlich. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Palästinakomitee Stuttgart: Diskussions- und Forschungsfreiheit als effektives Instrument gegen Rassismus**

Der israelische Historiker Ilan Pappé widerspricht der offiziellen israelischen Darstellung der Gründung und Geschichte des Staates Israel grundsätzlich. Seiner Darstellung der systematisch geplanten "Ethnischen Säuberung Palästinas" liegen Nachweise aus den Militärarchiven zugrunde. Nachdem seine Darstellung 2006 erschienen war, musste Pappé aufgrund von Morddrohungen Israel verlassen. Auch heute wird versucht, seine Veranstaltungen zu verhindern, wie am 14./15.06.2018 in Tübingen – was aber misslang.

Pappé sprach zum Thema ["70 Jahre nach der Nakba - Was sind die Perspektiven?"](#) Er machte deutlich, dass sich die ethnische Säuberung bereits 1945 ankündigte und wie stark die Einwanderergesellschaft in Palästina nationalistisch indoktriniert war. Pappé führt Theodor Herzls Romane als Beispiel dafür an, dass die Existenz palästinensischer Städte und Dörfer und deren Kultur völlig ignoriert und durch die Gesellschaft der jüdischen Einwanderer ersetzt wurde. Daher waren die internationalen Kompromissversuche der vergangenen 70 Jahre zum Scheitern verurteilt. Die zionistische nationalistische Bewegung wünschte 1947 keinen binationalen Staat mit gleichen Anteilen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung, wie ihn der UNO-Teilungsplan vorsah. Aber seit den 90er Jahren besteht das Problem, dass die palästinensische Bevölkerung ständig zunimmt. Der siedlerkolonialistische Staat lässt sich gegenüber der palästinensischen Bevölkerungsmehrheit nur mit verschärfter Unterdrückung aufrechterhalten, und die Apartheid wird immer deutlicher sichtbar.

Ein entscheidendes Hindernis für die inzwischen scharf sichtbar gewordenen notwendigen Veränderungen ist die Spaltung der palästinensischen politischen Bewegung und ihr Festhalten an überholten und widerlegten Konzepten. Die PLO und die verschiedenen Parteien glauben noch immer an die Zweistaatenlösung. Sie haben auch gute Argumente dafür, denn dieses Szenario ist international anerkannt und die politische Führung denkt, dass dies nicht aufgegeben werden kann.

Von der weltweiten Zivilbevölkerung werden die tatsächlichen Verhältnisse in Palästina wahrgenommen, wie man an den Positionen des Briten Jeremy Corbyn und des US-Amerikaners Bernie Sanders, an der Boykottbewegung BDS und der internationalen Palästinasolidarität sehen kann. Die vorwiegend jungen und aktiven Palästinenser müssten nach Pappé allerdings anfangen, ihre Aktivität in den Aufbau von politischen Strukturen münden zu lassen.

Ilan Pappé und Noam Chomsky sind sich [einig, dass Israel als ein koloniales Siedlerprojekt entstanden ist](#) und der Nahostkonflikt nur politisch gelöst werden kann. Aber in der Einschätzung, wie es zu einer Lösung des Nahost-Konflikts kommen könnte, sind sich die Beiden nicht einig: Ist die Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung praktikabel, treibt ein Boykott wie durch BDS die Entwicklung in die richtige Richtung, oder ist die Lösung nur über eine radikale Änderung der öffentlichen Meinung möglich?

Ilan Pappé stellte die [Notwendigkeit der Einstaatenlösung](#) 2013 in einem ausführlichen Interview mit Frank Barat dar und begründet seine Sicht mit der Entwicklung seit 1946 und den Verhältnissen in Palästina.

[Palästinakomitee Stuttgart e.V.](#) solidarisiert sich mit Palästina, seiner Bevölkerung und den palästinensischen Flüchtlingen. Der Verein Palästinakomitee Stuttgart e.V. engagiert sich vor allem in der Aufklärungsarbeit über die Ursachen und Hintergründe des Israel-Palästina-Konflikts. Der

Verein wendet sich gegen jegliche Form des Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Der Verein setzt sich ein für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Glen Ford: USA bereitet in Eritrea (Afrikas Kuba) 'Regime Change' wie in Libyen vor**

In einem Beitrag vom Juni 2016 beschreibt Glen Ford die [Situation in und um Eritrea](#). Demnach steht das Land, das sich [1993 von Äthiopien lossagte](#) und sich von diesem immer noch bedroht sieht, auf der US-Liste für einen 'Regime Change'. Eritrea ist eins von zwei afrikanischen Ländern, die keine Verbindung zur AFRICOM haben. Eritrea lehnt internationale Kapitalhilfe ab, um seine Unabhängigkeit zu wahren.

2009 begannen US-Sanktionen mit der Begründung, Eritrea unterstütze die Shabaab-Rebellen in Somalia. Eritrea soll vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht werden, der seit 2002 nur Afrikaner verurteilt hat, die gegen die US-Politik opponiert haben. Dies erfolgt mit der Begründung, Eritrea begehe Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es wird auch behauptet, Eritrea produziere mehr Flüchtlinge als Äthiopien, das eines der ärmsten Länder der Welt ist und fünfzehn mal mehr Einwohner hat. In Wahrheit behaupten sehr viele Afrikaner, die sich als Wirtschafts- oder Kriegsflüchtlinge auf den Weg nach Norden machen, sie seien eritreische Flüchtlinge. Bei ihrer Ankunft in Europa erhalten sie einen Sonderstatus als präsumptive politische Flüchtlinge, da sie angeblich Folter zu befürchten haben, wenn sie nachhause zurückkehren. Europa und Israel werden von falschen Eritreern überschwemmt, auf der Flucht vor verschiedenen militärischen, politischen und ökonomischen Katastrophen.

Der Grund ist bei den meisten die EU-US-Destabilisierungspolitik (siehe hierzu den Artikel von Jean-Paul Palouga "[Die Lügen hinter dem Krieg des Westens gegen Libyen](#)" im Bürgerbrief vom Juli 2016)

[Glen Ford](#) ist seit über 40 Jahren Journalist, Autor und politischer Aktivist - ein Anbieter von "Informationen für die Befreiung". Ford war Gründungsmitglied der 'Washington Association of Black Journalists' und Mitglied des Vorstands der 'National Alliance of Third World Journalists'. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Dr. Michael Lüders: Zwei Nuklearmächte in Syrien**

Michael Lüders, Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, referierte über die gesellschaftlichen Besonderheiten der **arabisch-islamischen Region**, die er durch eine Parallelität eher feudalistischer Strukturen und hypermoderner Züge gegeben sieht. Die soziale Pyramide in den arabischen Staaten ist wesentlich deutlicher zum Extremen ausgeprägt als in Mitteleuropa. Die Machtelite ist in der Regel nicht demokratisch legitimiert und lebt wie eine Kaste, vorwiegend auf den eigenen Vorteil bedacht. Die Grenzziehungen zwischen den einzelnen Staaten sind immer noch durch die Kolonialzeit geprägt.

Unter diesen Voraussetzungen finden sich leicht Menschen, die sich instrumentalisieren lassen. Die arabische Revolte basierte auf den Lebenshoffnungen der jüngeren Generation. Aber der Bewegung fehlten die Kräfte, die den Machtwechsel auch wirklich hätten durchführen können. Diese kommen in der Regel aus der hier fehlenden Mittelschicht. Feudalistische in dieser Region bedeutet, dass die Identifizierung mit dem Herrscherhaus, mit den Stämmen und mit der Familie von größter Wichtigkeit sind; das Individuum spielt eine eher geringe Rolle.

Der Krieg im **Irak** hatte den Sturz Saddam Husseins zum Ziel, dem die Produktion von Massenvernichtungswaffen vorgeworfen wurde, was eine Lüge war. Als Hussein nach der finanziellen Pleite aufgrund des Krieges gegen den Iran Kuwait vereinnahmen wollte, griffen die USA ein, stempelten Hussein zum Hitler und verhängten drastische Sanktion gegen den Irak (in

deren Folge eine Million Menschen umkamen). [Ziel war ein Regimewechsel, um den Einfluss des Iran und Russlands zu schwächen](#). Hussein wurde eliminiert, aber der Staat dem Chaos überlassen. Die Schiiten übernahmen von den Sunniten die Macht, zum Schaden der Sunniten: Neben dem Machtverlust, traf das Auflösen von Armee und öffentlichem Dienst insbesondere die Sunniten. Es bildete sich die Widerstandsbewegung ISIS, die den Schiiten und den USA den Krieg erklärte.

In **Syrien** hatten sich die Alawiten unter dem Vater des heutigen Präsidenten Assad an die Macht geputscht. Sein Regime war liberal für Wirtschaft und Religionen, aber mit klarem Machtanspruch für seinen Clan. Unter seinem Sohn gab es eine Öffnung, aber 2011 auch Proteste gegen das Regime mit Zielen wie sonst im arabischen Raum. Die Proteste wurden hauptsächlich von der armen sunnitischen Landbevölkerung getragen, die auch unter lang anhaltender Dürre litt, und in den Städten keine richtige Perspektive finden konnte. Die Mittelschicht (u.a. Handel, Handwerker) und andere Religionen waren nicht beteiligt. Die Proteste wurden schnell instrumentalisiert und gewalttätig. Die Aktivisten sind Dschihadisten unterschiedlicher Couleur, die von USA finanziert und ausgerüstet wurden.

Es entwickelte sich ein Stellvertreterkrieg mit dem Ziel Assad zu stürzen, weil dessen gute Beziehungen zum Iran und zur Hisbollah den geopolitischen Zielen der USA entgegenstand, nämlich das Gas, das Öl und die Transportwege der Region zu beherrschen, was Russland, der Iran und China verhindern wollen. Mit der Rückeroberung von Aleppo haben die USA den Krieg verloren, aber es wird keine Ruhe geben, nachdem im April 2018 die USA mit den saudischen Staaten einen Waffenhandel über 110 Mrd. Dollar vereinbart haben - über Waffen, die mit Sicherheit bei den Dschihadisten landen werden. Dies obwohl die Beziehung der USA zu den Dschihadisten gestört ist, seit diese mit der Erklärung eines eigenen Kalifats in den Augen der USA zu weit gegangen sind.

Wir Europäer werden die Last auch in Form von Flüchtlingen tragen müssen. Einen Ausweg sieht Lüders nur, wenn die verschiedenen Akteure, die alle mit der Begründung des Kampfes gegen den Terror agieren, miteinander ins Gespräch kommen und auch zu Zugeständnissen bereit sind. (Video, 0h52)

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der 'Deutsch-Arabischen Gesellschaft' in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Stella Calloni: **Der "Meister Schlag" der USA gegen Venezuela**

Vor der Präsidentenwahl am 20.05.2018 in Venezuela haben die USA und ihre Partner einen geheim gehaltenen "[Plan zur Beendigung der Diktatur von Venezuela](#)" beschlossen. Das 11-seitige Original "[Plan to overthrow the Venezuelan Dictatorship, 'Masterstroke'](#)" wird vom Autor verlinkt. Darin wird u.a. offen davon gesprochen, die "populäre Unzufriedenheit" Maduros und des Chavismus "durch die Erhöhung des Destabilisierungsprozesses und des Mangels an Versorgungsgütern zu fördern". Maduro sei "zu belagern, zu verspotten und ihn als Symbol der Dummheit und Inkompetenz zu zeigen und ihn wie eine Marionette von Kuba darzustellen".

Ein weiteres Ziel ist "alle Importe zu blockieren und gleichzeitig potentielle ausländische Investoren abzuschrecken", um "dazu beizutragen, dass die Situation der Bevölkerung noch kritischer wird". Es sei "an interne Verbündete, wie an andere auf der nationale Bühne eingeführte Personen zu appellieren, mit dem Ziel Proteste, Störungen und Unsicherheit, Plünderungen, Raub, Diebstähle, Überfälle und Entführungen von Schiffen und von anderen Transportmittel zu erzeugen, um die nationale Sicherheit in den Nachbarländern zu stören". Man müsse "einen Plan für die Desertion der qualifiziertesten Kader ausarbeiten, um das Land seiner hoch qualifizierten

Kräfte zu berauben; das wird die innere Situation noch mehr verschlechtern, wofür man die Regierung dann beschuldigen wird".

Es sei ein "Staatsstreich vor Ende des Jahres 2018 vorzubereiten, wenn diese Krise nicht genügt, um den Zusammenbruch der Diktatur zu verursachen oder wenn der Diktator sich weigert, seinen Platz anderen abzutreten". Der Plan befürwortet "dauernd die Spannung an der Grenze zu Kolumbien anzutreiben, den Schmuggel von Benzin und anderen Waren anzukurbeln, die Aktivitäten der paramilitärischen Gruppen zu fördern, um bewaffnete Zwischenfälle mit den Sicherheitskräften der Grenze zu provozieren und außerdem Paramilitärs zu rekrutieren, ..."

Die geplante militärische Intervention sieht "Stationierungen von Flugzeugen und Kampfhubschraubern, gepanzerten Fahrzeugen, Nachrichtenposten und militärische Spezialeinheiten für Logistik (Polizei, Militärs und Gefängnisse) vor". Für die von den USA angeführte Intervention sollten die UNO und die Anrainerstaaten aktiviert werden.

Die ganze Aktion sollte von den Medien dadurch unterstützt werden, dass "alle Medien die Notwendigkeit unterstreichen, dass der Situation ein Ende zu setzen ist, weil sie in ihrer Essenz untragbar ist".

Nun haben alle bisher aktivierten Aktionen des Plans die Wahl Maduros zum Präsidenten nicht verhindern können. Eine Intervention hat noch nicht stattgefunden. Es ist leider davon auszugehen, dass dieser Plan nicht aufgehoben wurde, sondern nur nicht in der gewünschten Schnelligkeit umsetzbar war. – Welchen Anteil das eigene Wirtschaften Venezuelas an der gegenwärtigen Situation hat, lässt sich angesichts der widersprüchlichen Einschätzungen in den Medien nicht abschließend bewerten. (Red.)

[Stella Calloni](#), [Jg. 1935](#), Journalistin und Schriftstellerin aus Argentinien; Korrespondentin der mexikanischen Tageszeitung "La Jornada" für Südamerika; u.a. Autorin des Buches "Operación Condor. Lateinamerika im Griff der Todesschwadronen". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andreas von Bülow: **Die deutschen Katastrophen – 1914 bis 1945 im großen Spiel der Mächte**

Michael Friedrich Vogt und Andreas von Bülow sprechen im Interview über die Inhalte von Bülows Buch "[Die deutschen Katastrophen – 1914 bis 1945 im großen Spiel der Mächte](#)". (Video, 0h57)

Dr. Andreas von Bülow war von 1980 bis 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie und zeitweise Mitglied der parlamentarischen Kontrollkommission der Nachrichtendienste. Seit dem Ausscheiden aus dem Bundestag arbeitet er als Publizist mit dem Schwerpunkt Geheimdienste. Nur zu gut weiß Andreas von Bülow, dass Ereignisse wie Kriege nicht zufällig geschehen, sondern das Ergebnis langfristiger strategischer Planungen sind. Daher setzt er in seinem Buch bereits etwa 50 Jahre früher mit der Ursachenforschung an und bezieht die Vorgeschichte des 1. Weltkrieges in die Überlegungen mit ein.

Betrachtet man die politischen Hintergründe, welche zum Ausbruch des 1. Weltkrieges führten, kommt England hierbei eine besondere Rolle zu. Schon immer war es die englische Strategie, gegen die stärkste Macht auf dem Kontinent vorzugehen und sich dafür der Unterstützung der anderen Mächte und insbesondere der zweitstärksten Macht zu versichern, auf dass sich alle Kontinentalmächte möglichst gegenseitig schwächen. Diese Politik der "Balance of Power" war Ausdruck imperialen Gehabes und provozierte ständig Krieg auf dem Kontinent.

Um ein weiteres Aufsteigen des seit 1871 ökonomisch stark aufstrebenden Deutschen Reiches zu verhindern, bekamen Frankreich und Russland diese Rolle der Unterstützer des britischen Empires zugewiesen, indem sie sich gegen Deutschland verbündeten. Mit dem Attentat von Sarajevo (ausgeführt vom russischen Verbündeten Serbien) war dann schließlich auch der nach außen zu propagierende Auslöser für den 1. Weltkrieg gefunden.

Nachdem Deutschlands Reserven erschöpft waren und der Zusammenbruch erfolgte, übernahmen die Demokraten die Macht im Deutschen Reich. Doch statt die junge Demokratie zu fördern, erschwerten die westlichen Alliierten

- durch eine extrem brutale Ausplünderungspolitik mit Reparationszahlungen für ein Jahrhundert,
- durch die völkerrechtswidrigen Gebietsabtretungen und
- durch die historisch unzutreffende Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des 1. Weltkrieges im Rahmen des Versailler Diktats

den Start der demokratischen Herrschaft von Sozialdemokraten und Zentrum ganz erheblich.

In der Folge kommt es zum unaufhaltsamen Aufstieg der antidemokratischen Kräfte in Deutschland von links und rechts mit dem finalen Sieg Hitlers und seiner Nationalsozialisten mit der Machtergreifung 1933 – gefördert durch einflussreiche US-Kräfte, die mit Hitler Deutschland gegen den Kommunismus in der UdSSR in Stellung bringen wollten. Denn obwohl die Politik Hitlers und der NSDAP bekannt waren, stellte sich ihnen das Ausland nicht in den Weg. Im Gegenteil: Hitler und seine Partei hatten im Ausland mächtige Förderer und Geldgeber. Denn die Bewegung kam ihren Interessen sehr entgegen. Noch im Jahr 1938, ein Jahr vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Hitler vom britischen Time Magazine zum "Man of the Year" gewählt. Erst nach Einmarsch der Wehrmacht in Polen, kam es zu einem britischen Kurswechsel.

Die analysierende Betrachtungsweise der beiden Gesprächspartner führt zu einer differenzierten und im Ergebnis zutreffenden Beurteilung, die sich zudem nicht mehr für eine einseitige Instrumentalisierung eignet.

[Andreas von Bülow](#), Jg. 1937, deutscher Jurist, Publizist und Politiker; Bundestagsabgeordneter (1969-1994), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium (1976-1980), Bundesminister für Forschung und Technologie (1980-1982). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• [abgeordnetenWatch.de](#): **Das sind die Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten**

Nach Recherchen von [abgeordnetenwatch.de](#) und SPIEGEL verfügt jeder fünfte Bundestagsabgeordnete über zusätzliche Einnahmequellen. Die Abgeordneten haben bisher mindestens 5,5 Mio. Euro nebenher verdient – wahrscheinlich aber sehr viel mehr.

Zu den Volksvertretern, die gut im Geschäft sind, gehören u.a. die beiden Ex-Minister Ulla Schmidt (SPD, mind. 109'000 Euro) und Peter Ramsauer (CSU, mind. 102'500 Euro) oder FDP-Parteichef Christian Lindner (mind. 77'000 Euro).

In Interessenkonflikte kommen Abgeordnete wie Herrmann Otto Solms (FDP), wenn es um Vermögensberatung und Versicherungen geht; Michael Hennrich (CDU), wenn es um Krankenversicherung geht; Max Straubinger (CDU), wenn es um Versicherungsfragen geht; Ulla Schmidt (SPD) wenn es um Pharmafragen geht; Otto Fricke (FDP), wenn es um Beratungsunternehmen geht.

Am Ende des Artikels findet sich die Liste der [MdB-Mindesteinkünfte aus bezahlten Nebentätigkeiten](#).

Eine berufliche Unabhängigkeit der Parlamentarier wäre sicherlich wünschenswert, darf aber nicht durch eine Abhängigkeit von Lobbygruppen oder Sponsoren erkaufte werden. (Red.)

Das Internet-Portal '[abgeordnetenWatch.de](#)' wird vom gemeinnützigen Verein 'Parlamentwatch e.V.' seit 2006 auch für den Bundestag betrieben. Ziel der Initiative ist es, eine transparente Zivilgesellschaft zu erreichen, indem Themen wie Lobbyismus und Parteispenden sowie über ein Fragenportal die [Abgeordneten zu verschiedenen politischen Themen befragt](#) werden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- konjunktion: **Privatsphäre ade: MIT entwickelt Überwachungstechnologie, die durch "Wände sehen kann"**

Ein Forscherteam des MIT (Massachusetts Institute of Technology) hat [mit "RF-Pose" eine neue Technologie entwickelt](#) und bereits getestet, die von Personen ausgestrahlte Radiosignale mittels künstliche Intelligenz nutzt, um Gesten und Bewegungen dieser Personen nachverfolgen, identifizieren und mit einer Genauigkeit von 83% interpretieren zu können.

Die Technologie könnte nach Meinung der Forscher im Gesundheitswesen verwendet werden, um Krankheiten wie Multiple Sklerose, Muskeldystrophie und Parkinson zu überwachen. Datenschützer sehen diese Überwachungsfunktion kritisch, da die überwachte Person keinerlei Hinweis auf die laufende Überwachung hat und die Technologie nicht nur von der Polizei sondern auch von privaten Unternehmen genutzt werden kann.

[konjunktion.info](#) ist ein privates Projekt von Michael Lehner. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie: **Volksbegehren - Mehr Demokratie beim Wählen**

Bereits 2006 hatte ein Volksbegehren in Bremen dazu geführt, dass die Bürger seit den Wahlen 2011 [mehr Einfluss auf die Persönlichkeitswahl gegenüber den Parteilisten nehmen](#) konnten. Allerdings haben CDU, SPD, Grüne und Linke diesen demokratischen Erfolg danach durch geänderte Zählverfahren wieder weitgehend rückgängig gemacht. Deshalb werden nun erneut [Unterschriften für ein demokratischeres Wahlverfahren gesammelt](#). Bis Mitte Oktober müssen 30'000 Stimmen in Bremen gesammelt werden.

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Eine Sammlungsbewegung wofür?**

Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine verfolgen das Projekt einer linken Sammlungsbewegung. Norbert Häring geht der Frage nach, auf welchen Ursachen dieses Projekt gründet.

Da ist zunächst die Uneinigkeit in der Partei 'dieLinke', bei der der Wähler nicht weiß, welche politischen Ziele dort wirklich verfolgt werden. In anderen Parteien ist es ähnlich. Im Ergebnis führt das dazu, dass Positionen, die von einer Mehrheit, oder zumindest von weiten Kreisen der Bevölkerung vertreten werden, [im Bundestag keine effektive Vertretung haben](#). Es wäre ein großer Fortschritt, wenn eine nicht ideologische, außerparlamentarische Bewegung es schaffen würde, diesen Positionen eine unüberhörbare Stimme zu geben.

Beispielhaft nennt Häring die folgenden Positionen: Ablehnung von Kriegs- und generell Auslandseinsätzen der Bundeswehr; Ablehnung von Sanktionen gegen Russland; das Bedürfnis, menschenwürdig alt werden zu können; das Recht, mit dem Lohn eine Familie sicher und langfristig versorgen zu können; eine faire Verteilung der Lasten des Zuzugs von Geflüchteten und Migranten; der Wunsch nach einer gut funktionierenden öffentlichen Verwaltung; das Recht auf bürgerliche Freiheiten und eine geschützte Privatsphäre; die Ablehnung offener Grenzen für alle. Es gäbe bestimmt noch mehr Beispiele.

Eine parteiübergreifende außerparlamentarische Oppositionsbewegung gegen den Neoliberalismus, die solche Positionen zum Gegenentwurf einer menschengerechten,

solidarischen Gesellschaft kombiniert, ist überfällig. Aber alle Parteien werden diese Bewegung aus Selbstverteidigungsinstinkt heftig bekämpfen, weil sie sich zu Recht angegriffen fühlen.

Ein Ausweg wäre auch ein direkt-demokratisches Korrektiv auf allen politischen Ebenen zu allen politischen Themen. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Dirk Müller: **Internet-Zensur führt zu faschistischer Meinungsdictatur**

Der Radiomoderator und Internetseiten-Betreiber Alex Jones wurde unlängst bei Apple, Facebook, Spotify und YouTube wegen "Hassreden" gesperrt. Später wurde der persönliche Account von Jones auch auf Twitter für eine Woche gesperrt.

Börsenspezialist Dirk Müller gibt zum Abschalten der Internetseite 'Infowars', die mehr Zuschauer und Abonnenten als z.B. CNN hatte, zu bedenken: Wenn die Seite teils "sehr populistische Themen vertritt, muss man nicht mitgehen. Da mag viel Blödsinn dabei sein, da mag mal was Richtiges dabei sein. Das spielt aber gar keine Rolle", es gehe darum, dass diese Plattform über Nacht kaltgestellt wurde.

Zudem wurde z.B. im 'Spiegel' die Frage bzgl. der Betreiber der großen Social-Media-Plattformen erhoben, "wie sie in Zukunft mit all den anderen kleinen und großen Verschwörungstheoretikern umgehen sollen". Für Dirk Müller ist diese "Aufforderung alle anderen 'Verschwörungstheoretiker' mundtot zu machen", "feuergefährlich", denn sie öffne "einer faschistischen Meinungsdictatur Tür und Tor" und sei [im höchsten Grade antidemokratisch](#).

Müller verweist auf die UN-Menschenrechtscharta Art. 19 und auf das Grundgesetz Art. 5, die beide das Recht auf freie Meinungsäußerung festschreiben und eine Zensur verbieten. Nur der freie Austausch – auch und gerade von kontroversen Meinungen und Ansichten – sei die Grundlage einer freien Gesellschaft. "Und wer sich dem entgegenstellt, der ebnet den Weg für eine Meinungsdictatur und für den Faschismus jeder Art," warnt Müller. Und weiter: "Diese Denkweise wirft uns um Jahrhunderte in unserer gesellschaftlichen Entwicklung zurück. [Denn wer entscheidet es denn, was Verschwörungstheorien sind und was nicht?](#) Das heißt doch, dass alles, was nicht der offiziellen Regierungsmeinung entspricht, nicht legitim und eine Verschwörungstheorie ist – und damit verhindert werden muss."

Seit einem guten Jahrzehnt wächst der Einfluss des Internets auf Politik und Gesellschaft. Immer mehr Menschen wenden sich von den klassischen Mainstreammedien ab und suchen sich alternativ Informationen. Aber dieser Schwenk in der "Informationsbeschaffung der Menschen" hat das Establishment dazu veranlasst, mit "härteren Bandagen zu spielen".

Die virtuellen, freien Informationen sind seit Jahren ein Dorn im Auge der Mächtigen und sollen wieder verschwinden. Dazu hat man einen ["Notausschalter" in der Form von zehn Routinen](#) gefunden. Es sind dies (verkürzt): Verstoß gegen Community Richtlinien; Verhindern von "Posts" bei "Followern"; Einschränkung der Reichweite; Unerreichbarmachen der Seite; als "Fake News" oder "Spam" brandmarken; Unterdrücken in Suchergebnissen; Schließen und Beschlagnahmen von Seiten; Aufkündigen der Geschäftsbeziehung zum Betreiber der Seite. – Die Bereitschaft der 'Social-Media'-Plattformen, sich diesen Routinen/Regeln zur versteckten Zensur zu unterwerfen, scheint zu steigen.

[Dirk Müller](#), Jg. 1968, Finanzexperte, mehrfacher Bestseller Autor, Politikberater, Gründer des Finanzinformationsdienstleisters 'Finanzethos GmbH' mit dem Markenkern 'Cashkurs.com'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑